

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Schwerpunkthemen der Sitzungswoche des Europäischen Parlaments in Straßburg, September 2011

9. September 2011

Krise in der Eurozone

Aussprache mit Rat und Kommission

Debatte am Mittwoch, 14.
September

Sven Giegold, MdEP
Büro +33 3 881 75369

Hintergrund und Grüne Position: Während die Verhandlungen zwischen Europaparlament und Rat zur Verbesserung der wirtschafts- und finanzpolitischen Kooperation (der sogenannte „6-Pack“) weiter andauern, verabschieden Krisenländer, wie Griechenland, Sparpakete. Sparmaßnahmen sind notwendig, um ihre Schulden abzubauen. Die Abkühlung der Weltwirtschaft nimmt den Ländern jedoch zugleich Exportmöglichkeiten, um die durch Sparmaßnahmen beeinträchtigte Inlandsnachfrage zu kompensieren. Außer Sparanstrengungen brauchen die Krisenländer deshalb besseren Zugang zu Krediten, mehr Einnahmen und nachhaltige Investitionen. Eurobonds, mit Regeln, welche die Konsolidierungsbemühungen der begünstigten Länder sichern, versorgen diese mit Kapital. Außerdem müssen die Einnahmen erhöht werden, zum Beispiel durch verbesserte Steuerkooperation. Investitionen in Zukunftssektoren, wie erneuerbare Energien, sollten durch Projektanleihen finanziert werden, um nachhaltiges Wachstum zu schaffen.

Europäische Rohstoffstrategie

Bericht Reinhard Bütikofer (Grüne/EFA, Deutschland)

*"Eine wirksame
Rohstoffstrategie für Europa"*

Initiativbericht

Debatte am Montag, 12.
September

Abstimmung am Dienstag,
13. September

Reinhard Bütikofer, MdEP
Büro +33 3 881 75816

Hintergrund: Mit hohen Rohstoffpreisen, einem knappen Angebot und einer hohen Importabhängigkeit ist die Rohstoffpolitik inzwischen ins Zentrum der Wirtschaftspolitik gerückt. Die Exportbeschränkungen auf „Seltene Erden“ - die 17 kritischen Elemente, die für eine Grüne Wirtschaft unabdingbar sind (z.B. Windturbinen, Elektroautos), sind klassische Beispiele. Inmitten dieser Problematik publizierte die Europäische Kommission im Februar 2011 ihre Rohstoffmitteilung. Vor diesem Hintergrund entstand nun der parlamentarische Bericht von Reinhard Bütikofer, der zeigt, wie eine ehrgeizige und umfassende Rohstoffstrategie der Europäischen Union aussehen sollte.

Grüne Position: Die jetzt im Plenum zur Abstimmung stehende Vorlage aus dem Industrie-Ausschuss ist in erster Linie eine Innovationsstrategie für Rohstoffe. Sie enthält konkrete Forderungen zu zentralen Grünen Aspekten wie Recycling, Ressourceneffizienz, Re-Use, Substitution, sowie neue Konzepte wie "Leasing". Der Bericht stellt auch sicher, dass die Entwicklungspolitik nicht als Druckmittel der Rohstoffpolitik genutzt wird und fordert eine internationale Kooperationsstrategie mit ressourcenrelevanten Staaten wie China und Japan. Das Thema Konfliktressourcen wird ebenfalls thematisiert:

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



	<p>Im Zentrum steht die Forderung nach mehr Transparenz, ähnlich der Dodd-Frank-Gesetzgebung der USA.</p>
<p>Europäische Grenzschutzagentur: Frontex</p> <p>Bericht Simon Busuttil (ALDE, Frankreich)</p> <p>Ordentliche Gesetzgebung, 1. Lesung</p> <p><i>"Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (FRONTEX)"</i></p> <p>Debatte am Dienstag, 13. September</p> <p>Abstimmung am Mittwoch, 14. September</p> <p>Ska Keller MdEP Büro +33 3 881 75379</p>	<p>Hintergrund: Die Grenzschutzagentur der EU, Frontex, ist durch Hunderte von Grenztoten und Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen der EU in die Kritik geraten. Jetzt soll ein neues Mandat von Rat und Europaparlament Frontex für die Einhaltung der Menschenrechte bei der Kontrolle der EU-Grenzen fit machen.</p> <p>Grüne Position: Das neue Frontex-Mandat ist halbherzig, lückenhaft und bleibt weit hinter Grünen Forderungen nach einem starken Flüchtlings- und Menschenrechtsschutz zurück. Die Grünen haben zwar erreicht, dass Frontex Einsätze abbrechen muss, wenn es zu Menschenrechtsverletzungen kommt. Dies wird aber nicht unabhängig kontrolliert, etwa durch das Europaparlament. Auch der neue Menschenrechtsbeauftragte kann den Grenzschützern nicht unabhängig auf die Finger klopfen, sondern ist der Frontex-Führung unterstellt. Ähnliches gilt bei der Rückführung von Flüchtlingen. Solche Operationen sollen künftig zwar beaufsichtigt werden, es bleibt aber offen, wie und von wem genau. Selbst wer letztlich verantwortlich ist, wenn bei Frontex-Einsätzen etwas schief läuft, bleibt unklar. So können sich die Mitgliedsstaaten und Frontex weiter gegenseitig die Schuld in die Schuhe schieben. Das neue Mandat ist zwar besser als das bisherige. Ob es in der Praxis tatsächlich zu menschenwürdigeren Kontrollen ohne Grenztote führt, muss sich aber erst noch erweisen.</p>
<p>Politik der EU zur Terrorismusbekämpfung</p> <p>Bericht Sophia in 't Veld (ALDE, NED)</p> <p><i>"Politik der EU zur Terrorismusbekämpfung: wichtigste Errungenschaften und künftige Herausforderungen"</i></p> <p>Debatte am Montag, 12. September</p> <p>Abstimmung am Dienstag, 13. September</p>	<p>Hintergrund: Zehn Jahre nach den Anschlägen des 11. September verlangt das Europaparlament eine seriöse Auswertung der Antiterror-Politik. Die Kommission hatte 2010 zwar einen Überblick veröffentlicht, aber weder Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit, noch Kosten der Maßnahmen geprüft. Die Auswirkungen auf die Grundrechte wurden bisher nicht systematisch evaluiert. Die rechtsextreme Tat in Norwegen hat gezeigt, dass auch Umfang und Natur der terroristischen Bedrohung auf den Prüfstand gehören. Der Bericht fordert die Kommission auf, eine unabhängige Evaluierungskommission einzurichten, die EP und nationalen Parlamenten berichten soll. Weiterhin sollen alle im Namen der Terrorismusbekämpfung begangenen Verstöße gegen internationales und humanitäres Recht korrigiert werden. Eine jährliche Berichtspflicht der europäischen Grundrechte-Agentur und des EU-Datenschutzbeauftragten wird eingeführt.</p>

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Jan Philipp Albrecht, MdEP
Büro +33 3 881 75060

Grüne Position: Die Grünen unterstützen den Bericht grundsätzlich, wollten aber eine weitaus ambitioniertere Evaluierung. Sehr positiv ist die Forderung, unnötige oder unverhältnismäßige Maßnahmen wieder einzustellen. Durch konservativen Widerstand sind leider die Klärung der Rolle des EU-Antiterrorkoordinators und die Evaluierung der elektronischen Rasterfahndung ("Profiling" und "Datamining") wieder herausgefallen. Die Grünen distanzieren sich auch von der Formulierung, dass es eine "Balance" zwischen dem "Recht auf ein Leben ohne Angst" und der Freiheit von Überwachung geben solle, denn der Ausgangspunkt für staatliches Handeln ist die individuelle Freiheit. Falls die Konservativen einen Alternativtext einbringen oder neue Änderungsanträge stellen, werden die Grünen prüfen, ob der endgültige Bericht noch unterstützt werden kann.

Situation in Libyen

Erklärung der Kommission

Debatte am Mittwoch, 14.
September

Franziska Brantner, MdEP
+33 3 881 75354

Hintergrund: Nach dem Sieg der Gaddafi-Gegner und der Flucht des ehemaligen Machthabers hat das Europäische Parlament kurzfristig eine Aussprache mit der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton zu Libyen angesetzt. Im Land selbst herrscht derzeit noch große Ungewissheit. Der Nationale Übergangsrat steht vor der Herausforderung, seine Autorität im ganzen Land effektiv geltend zu machen, die öffentliche Sicherheit wiederherzustellen und rechtsstaatliche Strukturen aufzubauen. Der Umgang mit Anhängern des alten Regimes sowie der Schutz der schwarzafrikanischen Migranten stellen besondere Schwierigkeiten dar.

Grüne Position: Die Grünen fordern von Ashton eine klare Strategie, wie die EU den demokratischen Wandel in Libyen begleiten und unterstützen kann. Dabei sollte die EU gegenüber dem Nationalen Übergangsrat insbesondere auf die Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards drängen und den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen fördern. Entscheidend für die Zukunft des Landes ist aus Grüner Sicht zudem, dass sich der demokratische Übergang nicht im Geist der Rache, sondern im Geist gesellschaftlicher Einigung vollzieht. Verbrechen müssen gerichtlich aufgearbeitet werden.

Europäischer Haushalt 2012

Erklärung des Rats

Mittwoch, 14. September

Helga Trüpel, MdEP
+33 3 881 75140

Hintergrund: Die EU-Kommission hat im April 2011 den EU-Haushaltsvoranschlag für 2012 verabschiedet. Laut Bericht sollen die EU-Ausgaben um 4,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr ansteigen. Der Vorschlag beinhaltet u.a. eine Erhöhung der Mittel für den Fusionsreaktor ITER. Der jetzt in Straßburg vorgestellte Ratsvorschlag sieht nur eine Erhöhung um 2 Prozent vor (weniger als die aktuelle Inflationsrate von 2,8 Prozent). Bezüglich der Finanzierung des Fusionsreaktors ITER gibt es im Rat bislang keine Übereinkunft.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Grüne Position: Der EU-Haushalt muss im Licht der Sparmaßnahmen in den Mitgliedsstaaten betrachtet werden. Dennoch braucht es Spielräume für nachhaltige Zukunftsinvestitionen, um nicht in eine Rezession zu schlittern. Außerdem ist durch den nicht vollständigen Abfluss von Haushaltsmitteln in den letzten Jahren ein Finanzbedarf entstanden, vor allem in der Strukturpolitik, der jetzt finanziert werden muss. Hier greift der Ratsvorschlag entschieden zu kurz, die Problematik wird scheinbar ignoriert. Darüber hinaus braucht es ein Minimum an Mitteln für die Erfüllung der EU-2020-Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum und für das Naturschutzprogramm LIFE+. Die EU muss außerdem in der Lage sein, mit finanziellen Mitteln auf die historischen Herausforderungen im Mittelmeerraum reagieren zu können.

Mit den besten Grüßen,

Helmut Weixler

Pressesprecher
Fraktion Die Grünen/EFA
Mobil: +32 475-67 13 40
E-Mail: Helmut.Weixler@europarl.europa.eu

Paul Maximilian Alex

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Europagruppe GRÜNE
Mobil: +32 495 40 23 28
E-Mail: paulmaximilian.alex@europarl.europa.eu